

A9 Mehr Diversität in der Kultur – weniger weiß-männlicher Genie-Kult!

Antragsteller*in: Jana Brix, Hivanu Ince, Laura Neugebauer

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

Antragstext

Die Berliner Kulturlandschaft ist insgesamt – gerade in den Führungsebenen und institutionell finanzierten Einrichtungen – weißer, männlicher und homogener als die Stadtgesellschaft. Dem männlichen Genie-Kult und dem Bild vom weißen, akademischen, cis Mann an der Spitze großer Kulturinstitutionen wollen wir mit einer diversitätsorientierten und feministischen Kulturpolitik widersprechen! Auch inhaltlich darf sich das Berliner Kulturangebot nicht nur an eine weiße Mehrheitsgesellschaft richten, sondern muss auch die Geschichten, Perspektiven und Alltagserfahrungen von BPoC und Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund erzählen.

Das fängt bei der Personalführung und -einstellung an. Wir fordern verpflichtende Antidiskriminierungsschulungen für Personalverantwortliche in allen öffentlichen Kultureinrichtungen. Damit es nicht bei reinen Lippenbekenntnissen für mehr Diversität bleibt, fordern wir, dass alle vom Land geförderten Kultureinrichtungen verbindliche Zielvereinbarungen für mehr Diversität in ihrer Personalstruktur erarbeiten und veröffentlichen. Diese sollen BPoC, Frauen, LGBTQIA+, Menschen mit Behinderung, Menschen ohne akademischen Abschluss und andere marginalisierte Gruppen fördern. Diese Zielvereinbarungen sollen besonders – aber nicht ausschließlich – für die Leitungsebenen gelten. Wir erwarten natürlich, dass sich die Zielvereinbarungen an dem Anteil der berücksichtigten Gruppen an der Bevölkerung in Berlin orientieren und nicht die Einrichtungen nicht wie einige DAX-Unternehmen einen Anteil von 0 % als Ziel festlegen. Für Frauen fordern wir eine Frauenquote von mindestens 50 %, auch in der Führungsebene. Wenn Kultureinrichtungen sich weigern eine solche Zielvereinbarung zu erarbeiten oder sie wiederholt nicht einhalten können, sollen ihnen im Härtefall die Mittel gekürzt werden. Außerdem fordern wir, dass endlich der Vorstellung eines*iner Künstler*in und Kulturschaffenden, der*die sich für die Kunst selbst ausbeuten soll, ein arbeitnehmer*innen- und familienfreundliches Arbeitsumfeld in der Kultur entgegen gesetzt wird.

2016 wurde die Studie „Handlungsoptionen zur Diversifizierung des Berliner Kultursektors“ veröffentlicht. Wir fordern eine Neuauflage dieser Studie in Kombination mit einer Evaluation der Veränderungen seit 2016.

Ein Ungleichgewicht gibt es auch bei der Verteilung von Fördermitteln. Deshalb fordern wir, dass die Jürys zur Vergabe von Landesmitteln diverser besetzt werden. Außerdem soll die Diversität der Antragsteller*innen, des Inhalts der geplanten Projekte und des beschriebenen Zielpublikums als Qualitätsmerkmal und Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln in allen Sparten fest und mit mehr Gewicht als bisher verankert werden.

Viele der Künstler*innen und Kulturschaffende in Berlin sind auf öffentliche Förderung angewiesen. Diese Gelder müssen gerecht verteilt werden!